VLK Hessen

BESCHLUSS DES KOMMUNALPOLITISCHEN BEIRATES AM 14. FEBRUAR 2004 IN BERLIN

14.02.2004

Beschlusslage des Kommunalpolitischen Beirats zum Positionspapier »Bildung vom Kopf auf die Füße stellen – Plädoyer für einen frühen und kostenlosen Bildungsbeginn«

Seitens
der Liberalen Kommunalpolitiker wird die Bedeutung eines frühzeitigen Abbaues von Lern- und Bildungsdefiziten anerkannt, da dies nachhaltig dazu beitragen kann, die schulischen Entwicklungsmöglichkeiten zu verbessern und das allgemeine Bildungsniveau zu heben. Hierfür erforderliche Maßnahmen müssen jedoch in einem ausgewogenen Verhältnis von Staat einerseits und Kommune andererseits auf den Weg gebracht werden.

Im einzelnen stellt der Kommunalpolitische Beirat folgendes fest:

1. Entsprechend bereits bestehender FDP-Beschlusslagen muss die Vorschule, wo
   Kinder spielerisch in die Lernprozesse eingeführt werden können, flächendeckend ab einem Alter von fünf Jahren ausgebaut werden. Aufgrund der
   demographischen Entwicklungen stehen bereits jetzt zahlreiche Räumlichkeiten
   in Grundschulen leer. Rückläufige Schülerzahlen ermöglichen es, auch vorhandene Lehrerkapazität für den Vorschulbereich einzusetzen.
   Die VLK wendet sich gegen die Bestrebungen der Länderfinanzminister,

Abgerufen am 19.07.2025 unter https://vlk-hessen.de/?p=130

die hier in Frage stehenden Lehrerstellen zu streichen.

2. Die Liberalen Kommunalpolitiker setzen sich für eine verstärkte und koordinierte Kooperation zwischen Grundschule und Kindergarten ein. Positive Einzelbeispiele zeigen auf, dass schulischer Lernerfolg nachhaltig
verbessert werden kann, wenn die Erziehungsinhalte zwischen Kindergarten und
Grundschule koordiniert sind.

3. Der zunehmende Anteil von Kindern im Kindergarten mit Migrantenhintergrund
führt dazu, dass ein besonderer Augenmerk auf die Qualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher für die integrationsspezifischen Anforderungen
erreicht werden muss. Das spielerische Erlernen der vielfach nicht vorhandenen
Deutschkenntnisse ermöglicht eine erfolgreiche spätere Schulkarriere. Die
durch die Vorschule (siehe Ziffer 1) im Kindergarten frei werdenden Personalkapazitäten könnten zu einer Intensivierung dieser Tätigkeit und einer
Erweiterung der Ganztagesangebote im Kindergartenbereich herangezogen werden.

4. Die Einführung neuer Mindeststandards für Tageseinrichtungen und Tagespflege wird seitens des VLK-Beirates abgelehnt.
In diesem Zusammenhang wird daran erinnert, dass liberale Kommunalpolitiker erst
mühsam in den einzelnen Bundesländern es erreicht haben, dass im Sinne einer

Entbürokratisierung überflüssige Standards zur Einrichtung von Kindertagesstätten abgebaut und auf ein vertretbares Mindestmaß zurückgeführt
worden sind, um lokale und kommunale Gestaltungsmöglichkeiten nicht über
Gebühr einzuschränken.

Wenn dies nun durch bundesweite Standards wieder konterkariert wird, ist dies weder
im Interesse der Eltern, noch der Kommunen.

Viele Praxisbeispiele vor Ort belegen, dass im Rahmen der vorhandenen finanziellen
Möglichkeiten Eltern und Kommunalpolitiker intensiv darum bemüht sind, bestmögliche Bedingungen für die Kindertagesstätten zu schaffen.

5. Seitens des VLK-Beirates wird die erneute Diskussion über die Kostenfreiheit des Kindergartenbesuches abgelehnt. Bereits jetzt besuchen rund
95 % der Vierjährigen einen Kindergarten. In nahezu allen Kommunen gibt es für
Sozialhilfeempfänger und Familien bzw. Alleinerziehende mit geringem Einkommen
Zuschüsse der Kommunen oder es besteht Gebührenfreiheit. Niemand muss aus
wirtschaftlichen Gründen auf einen Kindergartenbesuch verzichten. Erfahrungen
aus kommunaler Sicht belegen, dass bei Eltern, die ihre Kinder nicht zum Kindergarten schicken, vorrangig andere Gründe (z. B. Migranten, die keine
andere kulturelle Erziehung wünschen) im Vordergrund stehen. Im übrigen muss
darauf hingewiesen werden, dass der Zuschussbedarf der Kommunen

für die
Kindergärten, der jetzt schon in der Regel über 75 % der Aufwendungen liegt,
in den letzten drei bis vier Jahren überproportional stark angestiegen ist, da
die freien Träger, hier insbesondere die Kirchen, sich flächendeckend aus der
finanziellen Verantwortung für ihre Kindergärten zurückziehen.